

# Naturschutz auf dem Dienstweg : die Naturschutzkommission der Thurgauischen Naturofrschenden Gesellschaft

Autor(en): **Rothenbühler, Verena**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Mitteilungen der Thurgauischen Naturforschenden Gesellschaft**

Band (Jahr): **60 (2004)**

PDF erstellt am: **17.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-594135>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Naturschutz auf dem Dienstweg

## Die Naturschutzkommission der Thurgauischen Naturforschenden Gesellschaft

### I Verena Rothenbühler

I An seiner Sitzung vom 10. November 1906 beschloss der Vorstand der Thurgauischen Naturforschenden Gesellschaft (TNG), sich der «Kommission für die Erhaltung von Naturdenkmälern und prähistorischen Stätten», kurz: der Schweizerischen Naturschutzkommission (SNK), anzuschliessen.<sup>1</sup> Während dieser Zusammenkunft wurde auch die personelle Zusammensetzung des Gremiums festgelegt, das den Thurgau in der schweizerischen Dachorganisation vertreten sollte: Zum Präsidenten wurde, versehen mit dem offiziellen Titel «kantonaler Kustor», Seminarlehrer Johannes Eberli aus Kreuzlingen ernannt.<sup>2</sup> Neben Eberli wurden Kantonsschullehrer Heinrich Wegelin und «Forstadjunkt» Paul Etter aus Frauenfeld in die dreiköpfige Naturschutzkommission (NSK) der TNG berufen.<sup>3</sup>

I Die Gründung der neuen Kommission hing stark mit der landesweit im Entstehen begriffenen Naturschutzbewegung zusammen.<sup>4</sup> Die Thematik, die dazu den Anstoss gab, würde heute kaum noch jemand mit dem Begriff «Naturschutz» in Verbindung bringen. Es war die Zerstörung eines Findlings, die erste Naturschützer auf den Plan rief. Im Frühling 1905 erfuhren die Gemeindebehörden von Monthey im Kanton Wallis, dass ein Findling, der unter dem Namen «Pierre des Marmettes» bekannt war, der Spitzhacke eines Granithändlers zum Opfer fallen sollte. Die Gemeindebehörden wollten das nicht zulassen und schalteten daher die Schweizerische Vereinigung für Heimatschutz ein, die ihrerseits einen Appell an die «Gelehrtenwelt» richtete, die Walliser in ihrem Kampf zu unterstützen. Gleichzeitig forderte die Gemeinde Monthey den Bund zur Intervention auf. Das Departement des Inneren geriet in Verlegenheit und wandte sich an die Schweizerische Naturforschende Gesellschaft (SNG). Da sämtliche Versuche, den Findling zurückzukaufen, an den hohen Forderungen des Besitzers scheiterten, wählte die Gemeinde den Weg der Enteignung. Nach langwierigen Verhandlungen und Prozessen konnte der Findling schliesslich vor der Zerstörung gerettet werden. Die Kaufsumme von 31500 Franken für die Landenteignung übernahmen Bund, Kanton, Gemeinde und SNG. Diese betraute die inzwischen ins Leben gerufene «Kommission zur Erhaltung von Naturdenkmälern und prähistorischen Stätten», die spätere Naturschutzkommission, mit der Sammlung der 9000 Franken. Diese Summe hatte die SNG vom Gesamtkaufpreis übernommen.<sup>5</sup> Bestärkt durch die erfolgreiche Rettung des Walliser Findlings fasste die SNG noch vor dem Abschluss der Aktion den Entschluss, aus der Kommission ein ständiges Gremium zu schaffen, das sich «mit dem Schutze wissenschaftlich wichtiger Naturdenkmäler» befassen solle.<sup>6</sup>

I Am Rande der Jahresversammlung der SNG im Juli 1906 in St. Gallen trafen sich die Mitglieder des neuen Gremiums zur konstituierenden Sitzung.<sup>7</sup> Die acht- und bald neunköpfige Kommission bemühte sich sogleich um feste Strukturen. Paul Sarasin, dem Präsidenten der SNK, ging es darum, ein tragfähiges Netz kantonaler Kommissionen aufzubauen. Am 3. November 1906 schrieb er

*Johannes Eberli* (1860–1928) wurde 1906 zum ersten Präsidenten der Naturschutzkommission der TNG bestimmt. Im Zentrum des Naturschutzes standen damals die «Naturdenkmäler», insbesondere Findlinge. Als Geologe eignete sich Eberli entsprechend gut für das Amt als Präsident der neuen Kommission.

Der im Hinterthurgau aufgewachsene Eberli hatte das Lehrerseminar in Schiers besucht. Nach dem Studium der Naturwissenschaften und der Ausbildung zum Fachlehrer berief ihn der thurgauische Regierungsrat 1894 ans Lehrerseminar in Kreuzlingen. Eberli wurde 1896 in den Vorstand der TNG gewählt und präsidierte bis 1914 die Naturschutzkommission. 1914 erlitt er einen Schlaganfall, der ihn zum Rücktritt aus der Kommission zwang. Obwohl sich Johannes

Eberli nochmals erholte, erlitt er zwei Jahre darauf einen weiteren Schlaganfall, woraufhin er die Stelle als Seminarlehrer und seine Tätigkeit in der TNG endgültig aufgeben musste.

(Quelle: Müller 1928)

die Präsidenten der kantonalen Naturforschenden Gesellschaften an und bat sie um die Suche nach «Persönlichkeiten» für die Bestellung von Naturschutzkommissionen. Obwohl die TNG die Vorgaben der SNG, nach denen in einer solchen Kommission die Fachbereiche Geologie, Botanik, Zoologie und Prähistorie vertreten sein sollten, als kleine Gesellschaft kaum erfüllen konnte, gehörte die dreiköpfige Naturschutzkommission der TNG Ende 1906 zu den ersten 13 kantonalen Gremien dieser Art in der Schweiz.<sup>8</sup>

Da sich die SNK in erster Linie als die Regierung beratendes Expertengremium verstand, war neben dem organisatorischen Aufbau eine rasche Kontaktaufnahme zu den Behörden wichtig. Nachdem der Bundesrat über die Neugründung sofort in Kenntnis gesetzt worden war, erhielten sämtliche Kantonsregierungen am 14. November 1906 ein Schreiben, mit dem sich die SNK vorstellte. So rasch die Behörden informiert und auf das neue wissenschaftliche Expertengremium aufmerksam gemacht worden waren, standen auch die Tätigkeitsfelder der neuen Naturschutzkommissionen fest. An der Jahresversammlung der TNG im September 1907 stellte Johannes Eberli die neue Naturschutzkommission und deren drei Punkte umfassendes Arbeitsprogramm vor:

- « 1. Zusammenfassung eines historischen Überblickes dessen, was auf dem Gebiete des Naturschutzes in unserem Kanton schon geschehen ist.
- 2. Aufklärung des Publikums durch Wort und Schrift über die Notwendigkeit der Erhaltung heimatlicher wissenschaftlich interessanter Naturdenkmäler.
- 3. Inventarisierung solcher Naturdenkmäler auf geologischem, zoologischem und botanischem Gebiet.»<sup>9</sup>

Doch die personellen Ressourcen der Kommission waren gering, und so kümmernte sie sich in den ersten Jahren ihres Bestehens vor allem um die Findlingsfrage.<sup>10</sup> Nicht zuletzt aus diesem Grund wurde mit Johannes Eberli ein Geologe zum ersten Präsidenten der NSK gewählt.<sup>11</sup> Was mit dem Schutz und der Inventarisierung der Findlinge begann, sollte sich während des 95-jährigen Bestehens der Naturschutzkommission von 1906 bis 2001 zu einer breiten und vielfältigen Tätigkeit für den Naturschutz im Kanton Thurgau ausweiten. Hier

*Die Anfänge der Naturschutzbewegung* reichen in Europa und in den USA ins 19. Jahrhundert zurück. In der Schweiz nahm die Bewegung mit der 1906 gegründeten Schweizerischen Naturschutzkommission (SNK) ihren Anfang. Ihr Wunsch, zumindest in einem kleinen Winkel der Schweiz eine «Urnatur» für künftige Generationen zu bewahren, führte 1914 zur Gründung des schweizerischen Nationalparks im Engadin. Für diese Pionierleistung des Naturschutzes gab es andersorts bereits Vorbilder wie den 1872 in den USA gegründeten Yellowstone Nationalpark. Zur finanziellen Unterstützung des Nationalparks gründete die SNK 1909 den Schweizerischen Bund für Naturschutz (SBN). Der SBN (heute Pro Natura) wurde in der Folge zum grössten Naturschutz-

verein der Schweiz und übertraf die SNK an Bedeutung. 1938 wurde diese aufgelöst und der SBN Nachfolgeorganisation. Die ehemals der SNK unterstellten kantonalen Naturschutzkommissionen kamen nun unter das Dach des SBN. Sie konnten aber weiterhin ihre Selbständigkeit und Aktionsfreiheit wahren. Die kantonalen «Naturschutzfilialen» waren zu einem wichtigen Faktor für die Effizienz der schweizerischen Naturschutzbewegung geworden. Die Schutzpolitik in den einzelnen Kantonen wurde bis weit nach dem Zweiten Weltkrieg von den kantonalen Naturschutzkommissionen geprägt. Die Realisierung von Schutzziele, zum Beispiel von Reservaten, war aber häufig nur mit den finanziellen Ressourcen des SBN möglich.

werden anhand von Beispielen wie dem Schutz thurgauischer Moorlandschaften, den Diskussionen um die Errichtung von Wasserkraftwerken und der Hochrheinschiffahrt die Aktivitäten der Kommission näher betrachtet. Dabei soll vor allem zur Sprache gebracht werden, wie sich im Laufe der Jahrzehnte das Naturschutzverständnis der Vereinsmitglieder änderte. Es entwickelte sich von einem ästhetisch und patriotisch motivierten Natur- und Heimatschutz hin zu einem wissenschaftlich fundierten, ökologischen Natur- und Landschaftsschutzdenken. Gleichzeitig sollen die Strategien, welche die Kommission zur Erreichung ihrer Ziele verfolgte, unter die Lupe genommen werden. Schliesslich soll ein Blick auf die Netzwerke geworfen werden, auf die sich die Kommission stützen konnte, und auf die Koalitionen, die sie zu diesem Zweck einging.

### **Konservengemüse statt Sumpfveilchen?**

An der Jahresversammlung der TNG 1914 wurde der Vorschlag gemacht, «es möge der Vorstand von Zeit zu Zeit Exkursionen anordnen».<sup>12</sup> Die Idee wurde sofort aufgegriffen und im Juni desselben Jahres führte die TNG interessierte Mitglieder auf den Seerücken nach Haidenhaus.<sup>13</sup> Anlässlich der vierten Exkursion in der Vereinsgeschichte fanden sich im Frühling 1918 «etwa 30 Naturfreunde beiderlei Geschlechts» auf dem Bahnhof Sulgen ein.

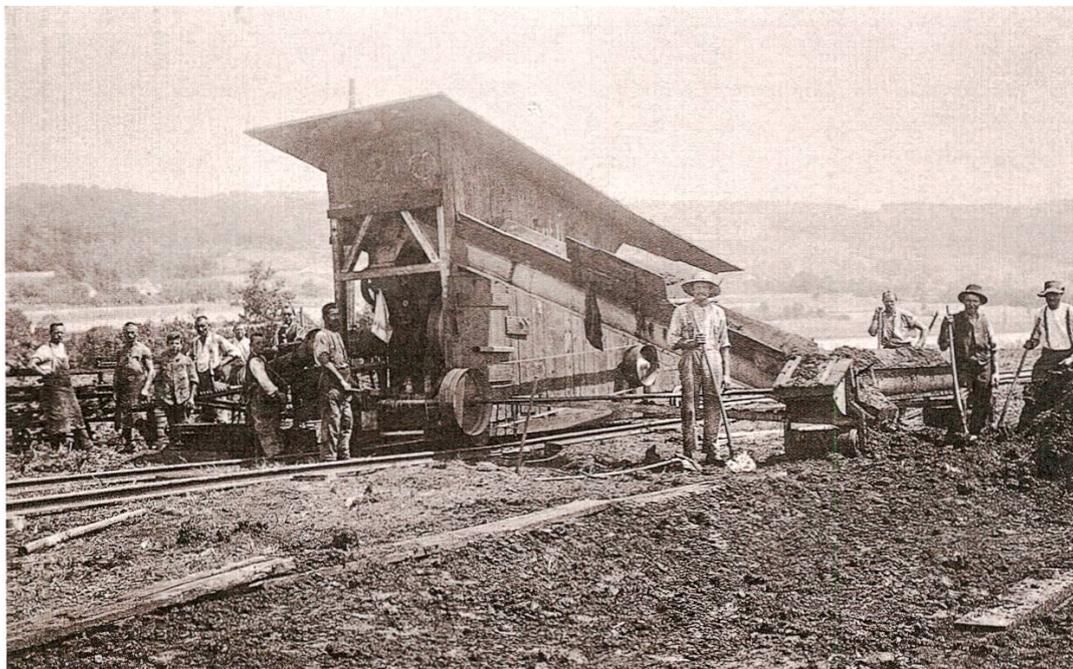
«Es galt vorerst dem zwischen Sulgen und Erlen liegenden Weinmoos einen Besuch abzustatten und insbesondere die neueste Industrie im Kanton, die Maschinentorfproduktion, etwas anzusehen. [...] Vom Weinmoos gings dann über Göttighofen zum Heldswiler Hochmoor, das in botanischer Hinsicht ausserordentlich viel Interesse bietet. [...] Die eifrigen Botaniker hoben noch viele pflanzliche Schätze, wie seltene Riedgräser, Schnabelsame, Knabenkräuter, Sumpfveilchen u.s.w. u[nd] bei allen machte sich der Wunsch geltend, es möchte die heute schonungslos betriebene Ausbeutung unserer Torfgründe nicht all' diese Herrlichkeit zerstören u[nd] es sollten sich Mittel finden lassen, das eine oder andere Hochmoorgebiet als Reservation zu erhalten u[nd] als floristisches Juvel auf unsere Nachkommen zu übertragen.»<sup>14</sup>

Seit 1914 organisierte die TNG für ihre Mitglieder regelmässig Exkursionen. Im Juni 1950 führte der Vereinsausflug ins Gebiet der Hüttwilerseen. Das Bild unten zeigt die beiden Leiter Heinrich Tanner und Ernst Geiger (von links nach rechts) mit Strohhut, Anzug und Krawatte in korrekter Exkursionskleidung.



|| Dass die TNG ausgerechnet das Weinmoos und das Heldswilermoos als Ziele der Vereinsexkursion ausgewählt hatte, war kein Zufall. Die Sumpf- und Mooregebiete waren während des Ersten Weltkrieges in den (begehrlichen) Blick der Kriegswirtschaft geraten. Durch die Einschränkung der Kohlenzufuhr aus dem Ausland erlangte der Torf als Heizmaterial in der Schweiz wieder eine grössere Bedeutung.<sup>15</sup> Wie im Weinmoos wurde seit 1917 in vielen thurgauischen Mooregebieten Torf maschinell abgebaut. Die massive wirtschaftliche Nutzung rief die Naturschützer auf den Plan; sie sahen dadurch die Moore und ihre charakteristische Flora gefährdet. Auch die Naturschutzkommission widmete dem Schutz der thurgauischen Moore, insbesondere dem Heldswiler- und Hudelmoos, einen Grossteil ihrer Zeit.

|| Das neue Engagement hing auch mit einem Neuanfang der NSK zusammen. Die Kommission hatte bald nach der Gründung unter einem personellen Engpass gelitten.<sup>16</sup> Zwar vermeldete der Jahresbericht von 1910/11 eine Aufstockung



In den Jahren des Ersten Weltkrieges wurde in vielen thurgauischen Mooregebieten Torf abgebaut. Das Bild zeigt die maschinelle Pressung von Torf im Bürgerried Buch (Seebachtal) um 1920.

von drei auf acht Mitglieder. Doch eine lange und schwere Krankheit des Präsidenten, Johannes Eberli, scheint eine nachhaltige Entfaltung von Aktivitäten verhindert zu haben. Es kam schliesslich sogar zum Rücktritt aller anderen Mitglieder, über dessen Hintergründe sich das Protokoll jedoch ausschweigt. Im Mai 1914 wurden der Kantonsschullehrer und Konviktführer Heinrich Tanner aus Frauenfeld zum Präsidenten und der Bischofszeller Sekundarlehrer Emil Osterwalder als Mitglied der NSK gewählt.<sup>17</sup> Im Dezember vervollständigte der Historiker und Kantonsschullehrer Ernst Leisi die Kommission.<sup>18</sup>

I Wie bereits aus dem Exkursionsbericht hervorgeht, geriet die NSK bei ihren Bemühungen um die Erhaltung der thurgauischen Moore in einen Widerspruch: Die Naturschützer wollten den schleichenden Verlust der charakteristischen Flora verhindern. Gleichzeitig anerkannten sie aber auch die Erfordernisse der Kriegswirtschaft.

I Die Kommission wusste, dass ihr Aufruf zum Schutz der Moore für viele zur Unzeit kam und sie den Bogen nicht überspannen durfte. «Neue Arbeit wird uns gebracht durch die überall mit Macht einsetzende Torfausbeutung. So sehr wir es begrüssen, dass daraus die Sorge um die Brennstoffversorgung einiger-massen gemildert wird, so müssen wir es bedauern, dass damit andererseits die interessante Moorflora stark gefährdet wird. Es ist deshalb unsere gebieterische Pflicht, zu retten, was noch zu retten ist.»<sup>19</sup> In diesem Dilemma zwischen der Anerkennung kriegswirtschaftlicher Zwänge und naturschützerischem Engagement um den Erhalt der Moore bewegte sich die NSK bis nach dem Zweiten Weltkrieg.

I Gemäss der Aufforderung der SNK von 1918, die kantonalen Naturschutzkommissionen sollten «wenigstens kleinere Mooregebiete als Reservationen für alle Zeiten [...] retten und vor Entwässerung und Kultivierung [...] schützen», versuchte die NSK im Hudelmoos ein Reservat einzurichten.<sup>20</sup> Einen ersten Erfolg konnte aber nicht die NSK, sondern die Schweizerische Gesellschaft für Vogelkunde und Vogelschutz (ALA) erzielen: Im Frühling 1932 teilte diese Gesellschaft der NSK mit, es sei ihr gelungen, «das Hudelmoos als Naturschutzgebiet» unter ihre Obhut zu stellen.<sup>21</sup> Die ALA hatte erreicht, dass im Hudelmoos

*Jakob Geissbühler* (1896–1944) trat 1917 seine Stelle als Sekundarlehrer in Amriswil an. Geissbühler interessierte sich vor allem für die Didaktik des naturwissenschaftlichen Unterrichts und galt unter seinen Kollegen im Fach Biologie, was Lernmethode und Stoffauswahl anbelangte, als «unbestrittene Autorität». Auch in der Freizeit beschäftigte sich Geissbühler als Naturwissenschaftler. Sieben Jahre lang arbeitete er für seine Dissertation «Grundlagen zu einer Algenflora einiger oberthurgauischer Moore». Als akribischer Forscher beschränkte er sich nicht nur auf die Bestimmung mehrerer hundert neuer Algenarten, sondern untersuchte alle Aspekte der Moore, von der geologischen Entstehung

der Moorbecken über die physikalisch-chemische Beschaffenheit des Wassers bis hin zur Flora und Fauna der Untersuchungsgebiete. «Das Material wuchs ihm zu einem Berge an, und es war buchstäblich wahr, dass er das Moor bis auf den Grund ausschöpfte», heisst es in seinem Nachruf. Geissbühler, der sich in der Pfadfinderbewegung engagierte, war Mitglied der Naturschutzkommission der TNG. Als Mann vor Ort beobachtete er die oberthurgauischen Moore und bemühte sich in den 1930er und 1940er Jahren vor allem um den Schutz des Heldswiler- und Hudelmooses.

(Quelle: Aebli 1944)

22 fortan die «Flugjagd», die Jagd auf fliegende Vögel, verboten war.<sup>22</sup> Die Schutzstrategie der NSK ging in eine andere Richtung: Sie wollte mit ihrer Reservatspolitik das Hudelmoos der ökonomischen Nutzung und dem menschlichen Einfluss gänzlich entziehen. Deshalb bemühte sich die Kommission – unabhängig vom Erfolg der ALA – weiterhin darum, im Hudelmoos eine «Moorreservation» einzurichten.<sup>23</sup> Dabei sollte jedoch nicht das ganze Moor «Schongebiet» werden, sondern nur das, was in den Augen der Naturschützer unbedingt erhalten werden sollte.<sup>24</sup> Die NSK wollte im Hudelmoos kleine, abgeschottete und geschützte Inseln einrichten. «Es bestehen noch zwei Stücke Hochmoor im nordwestlichen Teil, das eine im Gebiet von Zihlschlacht, das andere auf St. Galler Boden.»<sup>25</sup> Doch bevor die NSK ihr Projekt richtig an die Hand nehmen konnte, drohte neue Gefahr: In den 1930er Jahren erfasste die Wirtschaftskrise auch die Ostschweiz. Um die drohende Arbeitslosigkeit in der Region abzuwenden, wurden auch unkonventionelle Methoden der Arbeitsbeschaffung in der Öffentlichkeit diskutiert. Die *Bischofszeller Zeitung* veröffentlichte 1933 ein Referat des Postbeamten Hermann Oderbolz, in dem er mit pathetischen Worten dazu aufrief, einen Arbeitsdienst für junge, arbeitslose Männer einzurichten.<sup>26</sup>

26 | «Wie Pilze aus dem Boden müssen diese Arbeitsbeschaffungen schiessen. Arbeit zur körperlichen wie geistigen Festigung des Menschen ist zur Genüge vorhanden. *Aufgegriffen* muss sie werden. Überall müssen Arbeitskolonien errichtet, trägen Händen Beschäftigung, wankenden Sinnen Festigung gegeben werden. Wie anderweitig wollen auch wir Bischofszeller Pionierarbeit leisten: Unserer Jugend der nähern und weitem Umgebung soll die Möglichkeit physischer wie psychischer Erstarkung und Reinhaltung geboten werden. An Arbeitsplätzen fehlt's nicht.»<sup>27</sup>

27 | Die Arbeitsorte, die Oderbolz für seine Kolonien vorsah, waren die Moore bei Bischofszell: das Hudelmoos und das Heldswilermoos. Die Feuchtgebiete sollten mit Hilfe der Arbeitslosen trockengelegt werden und anschliessend der Konservenfabrik Bischofszell als Anbaufläche für Beeren und Gemüse dienen. Das Heldswilermoos schien dafür sehr geeignet zu sein. Im Gegensatz zum Hudelmoos waren hier die Besitzverhältnisse günstig. Der «ganze Sumpfkomples», so Oderbolz, gehöre der Bürgergemeinde Heldswil, «einer weitsichtigen, zugänglichen Gemeinschaftsgruppe».<sup>28</sup> Gegen eine Melioration des Hudelmooses sprach

121 nun vor allem auch, dass dort erst kürzlich ein Schutzgebiet eingerichtet wor-  
den war.<sup>29</sup> Die NSK beschloss, im Fall des Heldswilermooses zunächst keine  
29 konkreten Schritte zu unternehmen. Doch angesichts der Bedrohung durch die  
Meliorationspläne versuchte die Kommission, den Schweizerischen Bund für  
Naturschutz (SBN) auf den Wert der beiden Moore aufmerksam zu machen.  
I Die NSK verfügte nur über bescheidene Geldmittel – 1932 betrug die Aus-  
lagen der Kommission gerade einmal 65 Franken. Daher hingen Erfolge im  
30 kantonalen Naturschutz stark vom SBN ab.<sup>30</sup> Nur er war überhaupt in der Lage,  
die beiden Moore zu kaufen oder zu pachten, um ein Reservat einzurichten.  
Eine entsprechende Anfrage der NSK beim SBN stiess auf Interesse. Im Novem-  
ber 1934 besuchte eine Delegation des SBN, bestehend aus dem Schaffhauser  
Forstmeister Arthur Uehlinger und dem St. Galler Otto Winkler, in Begleitung  
31 des NSK-Mitglieds Jakob Geissbühler die beiden Moore.<sup>31</sup> Beide SBN-Vertreter  
waren «von dem Augenschein erfreut» und wollten die Einrichtung eines Schutz-  
gebietes unterstützen.<sup>32</sup>  
I Der Schutz beider Moore konnte jedoch nicht gleichzeitig in Angriff genom-  
men werden. Die Naturschutzkommission beschloss daher, zunächst in Sachen  
Hudelmoos zu handeln, «da das Heldswiler Moos vorläufig noch nicht in grosser  
33 Gefahr ist».<sup>33</sup> Man plante, einen Teil des Hudelmooses zuhanden der TNG zu  
34 kaufen und dieses damit «als Reservat dem Torfstich zu entziehen».<sup>34</sup> Darüber  
hinaus sollte um das Gebiet herum ein Stück der Umgebung gepachtet oder mit  
einer Dienstbarkeit belegt werden, damit das Moor nicht entwässert werden  
35 konnte.<sup>35</sup> Der SBN sicherte den Thurgauern für das Projekt 2000 Franken als  
Beitrag zu den voraussichtlichen Gesamtkosten in Höhe von 8000 Franken zu.  
Dies geschah unter der Bedingung, dass der Kanton ein weiteres Viertel der  
Kosten übernehme. Doch obwohl Verhandlungen mit den Grundeigentümern  
aufgenommen wurden, kam das Reservat im Hudelmoos nicht zu Stande. Die  
Unterlagen der NSK enthalten dazu keine Angaben. Doch es ist wahrscheinlich,  
dass fehlendes Geld und die mangelnde Bereitschaft der Grundeigentümer,  
in wirtschaftlichen Krisenzeiten auf den Torfstich und die Streue zu verzichten,  
zum Scheitern des Vorhabens führten.

### **Rettet die natürliche Natur!**

Die Diskussionen um die Einrichtung eines Reservats im Hudelmoos verdeutli-  
chen, welch breiten Raum wissenschaftliche Überlegungen in der frühen Natur-  
schutzbewegung einnahmen. Nachdem Otto Winkler das Hudelmoos besichtigt  
hatte, begründete er die Einrichtung eines Schutzgebietes damit, dass es «ja  
eine ganze Literatur zur Flora der beiden Moore» gebe und damit deren wissen-  
36 schaftlicher Wert «ausgewiesen und erkannt» sei.<sup>36</sup> Folgerichtig ging es den  
Naturschützern nicht darum, das gesamte Moor zu schützen, sondern nur die-  
jenigen Gebiete, die wissenschaftlich interessant waren. Für Winkler war die  
Einrichtung eines Reservats im Hudelmoos «nicht nur ein Akt praktischen Natur-  
37 schutzes, sondern ein wirklicher Dienst an der botanischen Wissenschaft».<sup>37</sup>  
Einig war man sich darin, dass es sich bei dem zukünftigen Naturschutzgebiet  
um möglichst unberührte Parzellen handeln müsse, die zudem typische Pflan-  
zenbestände aufwiesen. So wurde auf der Grundlage eines relativ fixen Bewer-  
tungsstabes nicht nur eine Hierarchie der Räume und Arten, sondern  
auch eine klare Trennung von «natürlicher Natur» und «gewöhnlicher Natur»  
vorgenommen. Die Naturschützer definierten, was unersetzliche und damit  
«schützenswerte» Natur und was «gewöhnliche» Natur war, deren Schutz kei-  
nen Vorrang hatte. Diese «schützenswerte» Natur bzw. ihren wissenschaftlichen

Otto Nägeli (1871–1938) publizierte bereits 1890 als Kantonsschüler zusammen mit seinem Mitschüler Eugen Wehrli in den *Mitteilungen* der TNG einen wissenschaftlichen Beitrag über die Flora des Kantons Thurgau. Nägeli hätte die Botanik gerne zum Beruf gemacht, doch als Arztsohn aus Ermatingen war sein beruflicher Werdegang durch die Familientradition vorgegeben. Nach dem Studium der Medizin verlegte sich Nägeli auf sein Spezialgebiet – die innere Medizin. Er forschte auf dem Gebiet der Blutbildung, der Blutkrankheiten und der Anwendung der Blutdiagnostik, was ihm den Übernamen «Blut-Nägeli» einbrachte. 1918 wurde er als ausserordentlicher Professor für innere Medizin an die Universität Zürich berufen.

Von 1921 bis 1937 war Nägeli dann ordentlicher Professor für innere Medizin und Direktor der medizinischen Klinik der Universität Zürich. Neben der beruflichen Laufbahn als Mediziner galt seine Leidenschaft der Botanik und die Freizeit widmete der unverheiratete Nägeli floristischen und pflanzensoziologischen Studien. Als Mitglied der TNG publizierte er regelmässig in den *Mitteilungen* der Gesellschaft. Weil sein wissenschaftliches Interesse den Orchideengewächsen galt, versuchte er die TNG bereits 1897 zum Kauf des Hudelmooses zu bewegen. Das Vorhaben scheiterte jedoch an der finanziellen Lage der Gesellschaft.

(Quellen: Tanner 1938; Richle 1979)

Wert konnte man aber durchaus noch ein wenig steigern: «Nach der Meinung von Herrn Winkler sollten botanische Seltenheiten des Gebietes, welche zufällig dem Reservat fehlen, auf dieses verpflanzt werden.»<sup>38</sup>

I Neben diesen wissenschaftlichen wurden auch ästhetische Argumente ins Feld geführt. Im Frühling 1933 machte das TNG-Mitglied Otto Nägeli, Professor für Medizin an der Universität Zürich und Botaniker, die NSK auf die drohende Melioration im Heldswilermoos aufmerksam.<sup>39</sup> Aufgrund seiner wissenschaftlichen Arbeit kannte er das Gebiet sehr gut.

I «Was mich bei der ganzen Angelegenheit am meisten empört, ist, dass nicht mit einem Wort erwähnt wird, dass es auch landschaftliche Schönheiten gibt in den genannten Moosen, Schönheiten der Natur, die durch die Urbarisierung vernichtet würden. Die ganze Angelegenheit wird einzig vom materiellen (und vom moralischen?) Standpunkt aus beurteilt. [...] Wer so ein Moos genauer kennt mit all seinem Tier- und Pflanzenleben und es nicht nur als typisch braune Fläche ansieht wie Herr O[derholz], der kann es nicht zulassen, dass sich unwürdige Leute darauf stürzen und die Natur wieder ein Stück ärmer machen.»<sup>40</sup>

I Mit ästhetischen Begründungen und Appellen für die Erhaltung ideeller Werte war aber vor allem in Krisenzeiten kein Staat zu machen. Solche Argumente standen in krassem Gegensatz zu den versprochenen neuen Verdienst- und Arbeitsmöglichkeiten und zu den ökonomischen Interessen des Landes.

### «Im Hudelmoos soll nicht gehudelt werden»

Mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, der erneuten Umstellung auf Kriegswirtschaft und der «Anbauschlacht» ungeahnten Ausmasses («Plan Wahlen») gerieten die thurgauischen Moore wieder unter Druck. Dem Heldswilermoos drohte nun endgültig die Trockenlegung und Urbarisierung. Nachdem die Meliorationspläne von 1933 nicht zuletzt an den fehlenden finanziellen Mitteln gescheitert waren, wurde das Projekt im Zuge der «Anbauschlacht» wieder aus der Schublade geholt. Nun hiess das Motto nicht mehr «Bekämpfung der Arbeitslosigkeit», sondern «Autarkie». Von März bis November 1941 wurden in Heldswil rund 25 Hektar Land entwässert und rund 18 Kilometer Drainagen verlegt.<sup>41</sup> Die Arbeiten führten polnische Internierte aus. Die Naturschutzkommission liess

sich zur Melioration des Heldswilermooses nicht öffentlich verlauten; man beugte sich den übergeordneten wirtschaftlichen bzw. wirtschaftspolitischen Interessen. Den Vorrang wirtschaftlicher Überlegungen vor allen anderen Begehrlichkeiten formulierte Regierungsrat Hans Reutlinger in einem Bericht über die Heldswiler Melioration:

I «Man mag sich zum Meliorationswesen stellen wie man will, so muss doch gesagt werden, dass seine Bedeutung kaum hoch genug eingeschätzt werden kann. Wenn auch zuzugeben ist, dass vom Standpunkt des Natur- und Heimatschutzes aus betrachtet nicht überall eitel Freude über das Meliorationswerk herrschen kann, so muss auf der anderen Seite gesagt werden, dass es nicht mehr verantwortet werden kann, dass grössere Gebiete, die keine typischen und einmaligen Tier- und Pflanzenvorkommen aufweisen, unbenützt bleiben dürfen.»<sup>42</sup>

42

I Für die thurgauische Regierung stand also fest, dass in Kriegszeiten die Schönheit der Natur materiellen Werten geopfert werden musste. Doch die Naturschützer gaben nicht auf und setzten sich umso mehr für den Schutz des Hudelmooses ein. Kurz vor seinem Tod machte Jakob Geissbühler die NSK darauf aufmerksam, dass ein Schafzüchter das Hudelmoos im Auftrag der schweizerischen Wollzentrale gepachtet habe. Die Meinung der Naturschützer dazu war eindeutig: «Es ist klar, dass durch die Schafe Nestbrüter gestört und Pflanzen mit den Wurzeln ausgerottet werden.»<sup>43</sup> Es bestand aus Sicht der NSK also Handlungsbedarf, und Heinrich Tanner wandte sich direkt an Regierungsrat Hans Reutlinger:

43

I «Ich verstehe seine [Jakob Geissbühlers] Befürchtungen durchaus; denn das Hudelmoos ist für die Biologen von sehr grosser Bedeutung, und seine Schädigung würde uns noch stärker treffen als die Eingriffe am Steinegger- und Nussbaumersee. Während diese kriegsbedingt, also unabwendbar sind, kann vielleicht in Sachen Hudelmoos noch etwas getan werden, und ich wende mich deswegen an Sie, sehr geehrter Herr Regierungsrat.»<sup>44</sup>

44

I Die NSK nutzte nun also ihre Beziehungen zur thurgauischen Regierung und brachte zur Bekräftigung ihres Anliegens den Fall der Hüttwilerseen ins Spiel. Was hatte es mit dieser Geschichte auf sich? 1943 setzten im Seebachtal weitreichende Entwässerungsarbeiten mit dem Ziel ein, neue Anbauflächen zu gewinnen.<sup>45</sup> Dabei war eine Absenkung der Seen um 150 cm geplant. Die NSK, die von der raschen Inangriffnahme der Arbeiten überrascht wurde, setzte sich gemeinsam mit dem SBN beim thurgauischen Regierungsrat für eine «sanftere Lösung» ein und forderte insbesondere den Verzicht auf eine Absenkung der Seespiegel. Daraufhin sagte die Regierung den Naturschützern zu, dass die Seen weniger tief als zunächst geplant abgesenkt würden. Doch im Januar 1944 musste Heinrich Tanner feststellen, dass diese Zusage nicht eingehalten wurde. Im Februar 1944 veröffentlichte Albert Däniker, der Direktor des Botanischen Gartens Zürich, unterstützt von zwanzig Vereinigungen und wissenschaftlichen Institutionen einen Aufruf gegen die Zerstörung der Seenplatte in der *Neuen Zürcher Zeitung*. Diese Einmischung in innere Angelegenheiten war nun für die Thurgauer zu viel und führte zu einem föderalen Geplänkel: Die Naturschutzkommission und die TNG warfen ihre Bedenken gegen die Absenkung plötzlich über Bord und verbündeten sich mit der Meliorationsgenossenschaft und der thurgauischen Regierung. Vereint wies man die zürcherischen Einwände als übertrieben zurück und betonte, dass von einer Verschandelung der fraglichen Gegend durch den Eingriff keine Rede sein könne. Diesen Kuhhandel brachte Heinrich Tanner im Namen der Kommission gegenüber Regierungsrat Reutlinger

45

Die Melioration in Heldswil wurde von der «Schweizerischen Vereinigung für Innenkolonisation und Industrielle Landwirtschaft» geleitet. Sie stellte auch den Raupentraktor zur Verfügung, mit dem das Land nach der Entwässerung erstmals gepflügt wurde.



nun also ins Spiel, um ihn für Aktionen gegen die Eingriffe im Hudelmoos zu gewinnen. Denn, so Tanner, wenn «die berühmte seltene Flora» verloren gehe, «wird man uns wieder in der ganzen Schweiz als krasse Materialisten an den Pranger stellen».<sup>46</sup>

46

|| Diese Strategie schien aufzugehen: Reutlinger gelangte in Sachen Hudelmoos an das Eidgenössische Kriegsernährungsamt und forderte es auf, die verfügte Zwangspacht über das Hudelmoos sofort zu sistieren. Reutlinger führte weder wissenschaftliche noch ästhetische Argumente für den Naturschutz an. Das Hudelmoos sollte allein den Thurgauer Naturschützern zuliebe geschont werden, die es – so Reutlinger – verdienten, «dass ihnen dieses letzte Refugium» bleibe.<sup>47</sup>

47

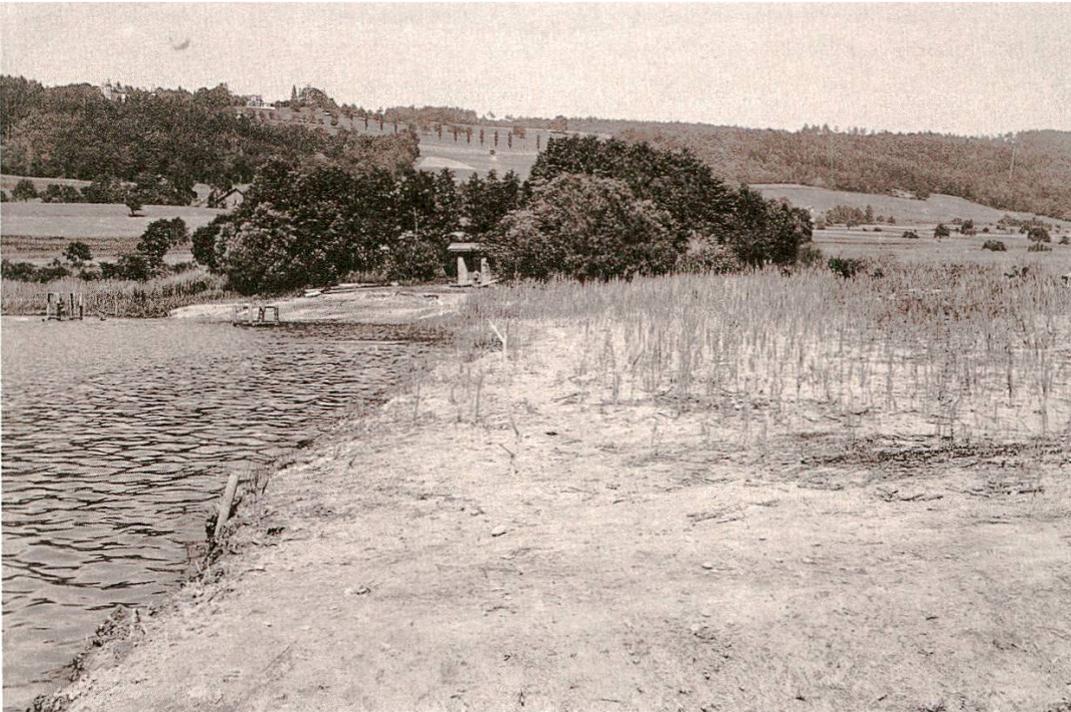
|| Nach langem Hin und Her und zahlreichen Verhandlungen entschied sich die Angelegenheit zu Gunsten der Naturschutzkommission. Der Schafhalter verzichtete gegen eine Entschädigung auf diejenigen Teile des Pachtgebietes, «welche für den Naturschutz wichtig sind».<sup>48</sup> Die Kommission konnte somit wenigstens das Hudelmoos während des Krieges vor allzu tiefen Eingriffen bewahren. Anders als die thurgauischen Heimatschützer, die sich mit Zeitungsartikeln gegen die Zerstörung des Hudelmooses gewehrt und die Thurgauer Regierung öffentlich an ihr Versprechen erinnert hatten, das Seebachtal zu schützen, vertraute die NSK auf den behördlichen Weg, um ihre Ziele zu erreichen.<sup>49</sup> Die solidarische Haltung der Kommission gegenüber der eigenen Regierung (auch wider die Interessen des Naturschutzes) zeugt nicht nur von deren Selbstverständnis als Beratungsgremium für Behörden. Diese Haltung zeigt auch die (lokal)patriotische Heimatverbundenheit der frühen Naturschützer, die sich sehr von der überregionalen und inzwischen globalen Sicht jüngerer Umweltschutzbewegungen unterschied.

48

49

### **Das Spöl- und das Rheinauprojekt als neue Konfliktherde**

Die 1950er Jahre brachten der Naturschutzkommission einen Generationenwechsel. 1950 trat Heinrich Tanner als Präsident und 1952 Ernst Leisi als Aktuar



Mit der Absenkung des Seespiegels am Hüttwilersee wurde auch das einstige Flachufer trockengelegt. Das Bild zeigt das neue Ufer des Hüttwilersees in Richtung Badeplatz.

50 zurück.<sup>50</sup> Vor allem Tanner hatte die Politik und die Aktivitäten der Kommissi-  
51 sion seit 1914 massgeblich bestimmt. Als sein Nachfolger wurde im Juni 1950  
52 «Kantonsforstmeister» Walter Straub gewählt.<sup>51</sup> Neben dem Wechsel im Präsi-  
53 dium kamen aber auch neue Themen auf die thurgauischen Naturschützer zu:  
die Wasserkraftwerkprojekte Spöl im Engadin und Rheinau im Kanton Zürich.<sup>52</sup>  
Warum führten diese beiden Bauwerke, die den Thurgau in keiner Weise  
berührten, bei den Naturschützern zu Diskussionen?  
I Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Ausbau der Wasserkraft zum grössten  
Konfliktfeld zwischen den Naturschützern und den Exponenten eines  
ungehinderten Wirtschaftswachstums, allen voran der Elektrizitätswirtschaft.<sup>53</sup>  
Die natur- und heimatschützerische Opposition gegen das Kraftwerk Rheinau  
wurde zum eigentlichen Höhepunkt der Naturschutzbewegung in den 1950er  
Jahren. Dem lokal und regional verankerten Widerstand gegen das Kraft-  
werk gelang es, eine Volksbewegung gegen das Bauwerk auszulösen und das  
Thema «Naturschutz» auf nationaler Ebene zum Gegenstand der öffentlichen  
Diskussion zu machen. Die nationalen Auseinandersetzungen um das Spöl- und  
Rheinauprojekt erfassten nicht nur die Naturschutzkommission, sondern die  
ganze TNG. Bei den internen Debatten kamen einerseits die unterschiedlichen  
naturschützerischen Positionen der Vereinsmitglieder deutlich zum Ausdruck,  
andererseits erschütterte das Thema auch die Grundfeste der Vereinspolitik.

### **Heile Alpentäler oder Strom für die Nation?**

54 In der Naturschutzkommission sorgte zunächst das geplante Spölkraftwerk  
für Gesprächsstoff. Das bereits seit 1919 bestehende Wasserkraftwerkprojekt  
tangierte das Gebiet des Schweizerischen Nationalparks. Diese Tatsache  
erregte die Gemüter der Naturschützer besonders heftig, denn der 1914 im  
Engadin eingerichtete Nationalpark war ein Statussymbol der schweizeri-  
schen Naturschutzbewegung und insbesondere des offiziellen Naturschutzes.<sup>54</sup>  
Anfang der 1950er Jahre wurden die Pläne für das Spölkraftwerk wieder aktuell.  
Das gigantische Wasserkraftprojekt sollte über acht Prozent der gesamten

Walter Straub (1901–1991) wuchs in Amriswil auf und lebte seit 1937 – nach einem Aufenthalt im Kanton Graubünden – im Thurgau. Der Forstingenieur war zuerst als Adjunkt auf dem kantonalen Forstamt tätig, bevor er 1944 als Kantonsforstmeister die Leitung des Amtes übernahm. 1938 trat Straub in die TNG ein. 1947 wurde er Mitglied der Naturschutzkommission und von 1950 bis 1965 präsierte er diese als Nachfolger von Heinrich Tanner. In Straubs Amtszeit hatte der Naturschutz einen schwierigen Stand. Die Jahre der Hochkonjunktur, der Ausbau der Infrastruktur und die entstehende Freizeitkultur erhöhten den Druck auf Natur und Landschaft. Walter Straub engagierte sich erfolgreich für den Schutz des Märwilerriets. Er kaufte systematisch kleine Parzellen für den Naturschutz auf und erreichte bei der kantonalen Regierung die ersten

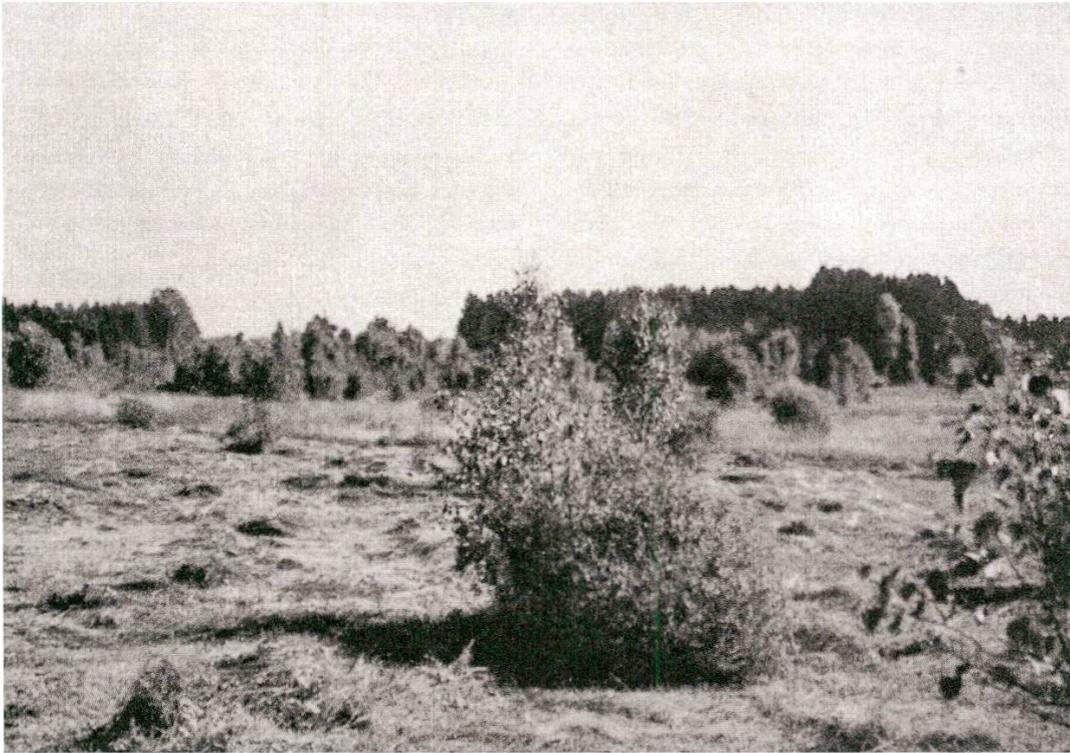
finanziellen Beiträge an solche Landkäufe. Als Kantonsforstmeister und kantonaler Beamter war sich Straub bewusst, dass die Nähe der Kommission zur Regierung für einen konsequenten Naturschutz nicht förderlich war. Er setzte sich deshalb dafür ein, dass im Thurgau 1960 mit dem Thurgauischen Naturschutzbund eine unabhängige und von breiten Bevölkerungskreisen getragene Naturschutzgruppe entstand.

(Quelle: Schläfli 1992)

schweizerischen Elektrizität liefern. Da der Spöl im italienischen Livignotal entspringt und noch vor der Landesgrenze ein erstes Mal gestaut werden sollte, musste ein Staatsvertrag mit Italien abgeschlossen werden. Im März 1951 fanden im Parlament die Debatten um den Staatsvertrag und den Bau des Kraftwerkes statt.<sup>55</sup> Bereits im November 1950 hatte die *Thurgauer Zeitung* in einem Leitartikel unter dem Titel «Den Engadinern ihr Recht!» für das Spölwerk eine Lanze gebrochen.<sup>56</sup> Walter Straub, der neue Präsident der Naturschutzkommission, hatte darauf ebenfalls zur Feder gegriffen und sich klar gegen das Kraftwerk ausgesprochen. Straub sah nicht nur eine «nationale Landschaft», sondern auch den «romanischen Volkscharakter» durch das Bauwerk bedroht.

«Ich möchte zum Schluss nicht unerwähnt lassen, dass führende Köpfe des romanischen Engadins und die Vereinigung der Engadiner Romanen gegen dieses Projekt Stellung genommen haben und die Engadiner Werke als den Anfang des Endes der romanischen Sprache und Kultur bezeichnen. Ich hoffe mit diesen Einsichtigen, dass das ladinische Mittel- und Unterengadin vom Bau dieses für unsere Schweiz nicht ungefährlichen, internationalen Grosskraftwerkes verschont bleibe und seine hohe Kultur und kraftvolle Eigenart bewahren könne.»<sup>57</sup>

Straub richtete sich mit seiner Kritik nicht grundsätzlich gegen die Industrialisierung seiner Zeit. Vielmehr ging es ihm darum, die zerstörerischen Folgen des Projektes zu minimieren. Für das Kraftwerk müsse ein alternativer Standort her, so dass es nicht zu einer «Verstümmelung des Nationalparks und des Engadins» komme.<sup>58</sup> Als es in der Naturschutzkommission im Januar 1951 um das Spölwerk ging, wurde vor allem der Standort zu einem Streitpunkt. Während für Straub mit dem Bau des Spölwerkes «eine wichtige Landschaft» entstellt werden würde, sah Ernst Leisi die Dinge ganz anders. Es waren seiner Ansicht nach wirtschaftliche Gründe, die das meiste Gewicht hatten und für den Bau eines Spölwerkes sprachen. «Dr. Leisi bekennt, dass er den Schaden eines Spölwerkes für den Nationalpark als nicht gross genug betrachte, um auf ein



Obwohl das Hudelmoos die landwirtschaftliche «Anbauschlacht» relativ unbeschadet überstand, war es keine unberührte Wildnis. Bis in die Nachkriegsjahre hinein wurde es wirtschaftlich genutzt. Die Bauern bauten im Moos Torf ab und brauchten das Riedgras als Streue oder Futter für ihre Tiere. Hier wird die gemähte und getrocknete Streue zusammengetragen (ca. 1935).

59

Werk zu verzichten, das einer armen Gegend und einem armen Kanton sehr wohlthätige Einnahmen bringen würde.»<sup>59</sup> Neben diesem Bauprojekt waren im Rahmen des intensiven Ausbaus der Wasserkraft in den 1950er Jahren noch weitere Alpenkraftwerke geplant: Im ernerischen Urserental war ein riesiger Speichersee vorgesehen und am Hinterrhein hätte ein weiteres bündnerisches Kraftwerk realisiert werden sollen.<sup>60</sup> Leisi spielte beide Projekte in seinen Ausführungen zum Spölwerk gegeneinander aus. Er sprach sich gegen den Bau einer Staumauer im Hinterrheingebiet aus, die das Rheinwaldgebiet und die Ortschaft Splügen unter Wasser gesetzt hätte. Er plädierte im Gegenzug für ein Kraftwerk im Urserental, ein gigantisches Bauwerk in der Schöllenschlucht, das Andermatt und Hospental überflutet hätte.

60

▮ «Er möchte dieses Opfer bringen [den Bau des Spölwerkes], um nachher im Rheinwald ganz sicher vor dem Stausee zu sein. Im übrigen scheint ihm Andermatt, das ein verpfushtes Dorf ist und sich überdies nicht als lawinensicher erwiesen hat, eher den Untergang zu verdienen als das schöne Splügen.»<sup>61</sup>

61

▮ Diese gedanklichen Schachbrettspiele sind hoffentlich nie bis in die Urschweiz gedungen! Bei den Diskussionen in der Naturschutzkommission um den Ausbau der Wasserkraft kamen die unterschiedlichen Naturschutzauffassungen bzw. die Affinitäten zu einzelnen Regionen der schweizerischen Alpen detailliert zur Sprache. Die Darlegungen einiger Kommissionsmitglieder hatten einen gewissen wirtschafts- und wachstumskritischen Grundtenor. Walter Straub bezog seinen kämpferischen Idealismus für den Schutz der Natur und des Nationalparks aus (lokal)patriotischen Überzeugungen und einem nostalgischen Geschichtsbewusstsein. Ernst Leisi dagegen argumentierte von der ökonomischen Warte aus und präsentierte sich als Heimatschützer mit Sinn für Ästhetik – ebenfalls mit Präferenzen für bestimmte Regionen bzw. mit der Bereitschaft, weniger «wertvolle» Gebiete zu opfern. Nicht die grundsätzliche Ablehnung der energiewirtschaftlichen Nutzung der Wasserkraft bestimmte

*Ernst Leisi* (1878–1970) wurde in Kleindietwil im Kanton Bern geboren. Nachdem sein Vater im Kanton Zürich einen Bauernhof übernommen hatte, schloss Leisi die Mittelschule in Zürich ab. Nach dem Studium der Altphilologie und Geschichte kam er 1906 an die Kantonsschule Frauenfeld. Dort war er von 1932 bis 1944 Rektor und machte sich ferner im Thurgau als Historiker einen Namen. Er verfasste einige lokalhistorische Werke, edierte von 1925 bis 1967 das Urkundenbuch des Kantons Thurgau und

war von 1936 bis 1960 Präsident des Historischen Vereins des Kantons Thurgau. Leisi, der 1906 in die TNG eintrat, war von 1914 bis 1952 Aktuar der Naturschutzkommission. Naturschutz und Heimatschutz waren für Leisi gleichbedeutend, und so setzte er sich vor allem für die Neugestaltung von Friedhöfen und den Schutz von alten und seltenen Bäumen ein.

(Quellen: Meyer und Hagen 1972; <http://www.hls.ch>)

also den Widerstand der Kommissionsmitglieder gegen konkrete Projekte, sondern die Forderung, auf andere Standorte auszuweichen. Der Vormarsch von Wirtschaft und Technik sollte in bestimmten Bahnen verlaufen. Damit blieben die Naturschützer in der Debatte um die Wasserkraft wie schon beim Moorschutz in ihren Hauptwiderspruch verstrickt, im Nebeneinander von Fortschrittsgläubigkeit und Fortschrittsskepsis.

### **Der Rheinau-Konflikt stellt den Verein auf die Probe**

In der TNG löste das Rheinaukraftwerk die heftigeren Diskussionen aus als die anderen Kraftwerkprojekte. Allein schon wegen der geografischen Nähe des geplanten Kraftwerks war die Betroffenheit der Thurgauer Naturschützer um einiges grösser als beim bündnerischen Spölwerk. Dabei ging es weniger um Fragen des Naturschutzes als darum, wie sich der Verein in Zukunft politisch engagieren sollte.

I Die Stromlandschaft Rheinau war bereits im 19. Jahrhundert ins Blickfeld der Elektrizitätswirtschaft geraten. Nun war in den 1950er Jahren die Rede davon, an der Flusskrümmung einige Kilometer unterhalb des Rheinfalls ein Kraftwerk zu errichten.<sup>62</sup> Offenbar waren die Umstände 1944 günstig, und der Bundesrat erteilte die Konzession. Das Hauptwerk bestand aus einem Stauwehr 500 Meter oberhalb der Klosterinsel Rheinau. 1952 begannen die Bauarbeiten. Bereits 1951 hatte sich eine Opposition formiert: Im National- und Ständerat gab es Vorstösse, und im April bildete sich ein «Überparteiliches Komitee zum Schutz der Stromlandschaft Rheinfall–Rheinau», das den Bau des Kraftwerkes verhindern wollte. Auch Natur- und Heimatschutzvereinigungen sprachen sich gegen das Kraftwerk aus. Erster Höhepunkt des gemeinsamen Widerstands war zweifellos die Kundgebung vom 27. Januar 1952 in Rheinau, an der rund 10 000 Menschen teilnahmen.

I Die Protestversammlung in Rheinau war auch der Grund für eine Aussprache in der Vorstandssitzung der TNG über die «Angelegenheit Rheinau».<sup>63</sup> Was war geschehen? Der Präsident der TNG, Emil Leutenegger, hatte einen Aufruf an die Mitglieder verschickt und sie aufgefordert, an der vom Rheinau-Komitee organisierten Protestveranstaltung teilzunehmen. Empört über dieses Schreiben traten daraufhin das Vorstandsmitglied Kurt Decker und weitere Vereinsmitglieder aus der Gesellschaft aus, darunter auch Regierungsrat August Roth, der seinen Rücktritt in «einem geharnischten Schreiben» mitteilte.<sup>64</sup> Die Austritte wurden damit begründet, dass die Aufforderung zu einer Protestversammlung «nicht in den Aufgabenkreis einer wissenschaftlichen Vereinigung» gehöre.

62

63

64



Die Aussprache innerhalb des Vorstandes verschärfte die Meinungsverschiedenheiten. Nachdem Emil Leutenegger im Verlauf der Sitzung sogar sein Amt zur Verfügung hatte stellen wollen, was jedoch einmütig abgelehnt worden war, beschlossen die Vorstandsmitglieder, dass die TNG (in ähnlichen Angelegenheiten dazu nicht mehr Stellung) nehmen solle und (für die Zukunft der Naturschutzgedanke nur der Naturschutzkommission) zu überlassen sei.<sup>65</sup>

65  
 I Doch auch die NSK wollte sich politisch nicht exponieren. Im August 1952 wurden anlässlich einer zweiten grossen Kundgebung in Rheinau zwei Volksinitiativen lanciert.<sup>66</sup> Die erste verlangte den Schutz der Stromlandschaft Rheinfal–Rheinau, und die zweite, die so genannte Wasserrechtsinitiative, forderte, die Volksrechte auf die Erteilung von Wasserrechtskonzessionen auszudehnen. Im November 1952, mitten in der Unterschriftensammlung für die Initiativen, kam die Rheinauangelegenheit in der NSK wieder zur Sprache. Während sich einige Vorstandsmitglieder dahin gehend äusserten, dass die Naturschutzkommission (als Körperschaft neutral) bleiben sollte, war Präsident Walter Straub gegenteiliger Auffassung.<sup>67</sup> Das Protokoll schweigt sich aus, wie das Pendel schliesslich ausschlug. Es liegt jedoch nahe, dass sich die NSK nicht an der Unterschriftensammlung beteiligte. Kurz vor der Volksabstimmung im Dezember 1954 rang sich die Kommission doch noch zu einer gemeinsamen Haltung durch: (Einstimmig wird beschlossen, offiziell von uns aus nichts zu unternehmen, die Sache der Naturfreunde aber nach Kräften zu unterstützen, vor allem auch durch gute eigene Orientierung auf Grund der vom überparteilichen Komitee publizierten Schriften und Werbemittel.)<sup>68</sup> An der Urne hatten die Naturschützer keine Chance. Die Volksabstimmungen über das Rheinau- und das Spölkraftwerk brachten eindeutige Ergebnisse und beide Projekte wurden in der Folge realisiert.<sup>69</sup> Damit klärten sich auch die politischen Kräfteverhältnisse in

66  
 67  
 68  
 69

Der Kampf um den Bau des Kraftwerks Rheinau war der Höhepunkt der Naturschutzbewegung in den 1950er Jahren. Am 27. Januar 1952 versammelten sich in Rheinau anlässlich einer Protestversammlung rund 10 000 Menschen. Das Bild zeigt die protestierenden Frauen und Männer auf dem Weg zum Kundgebungsort im Kloster Rheinau.



der Schweiz: Die Organisationen des Naturschutzes mussten einsehen, dass die grosse Mehrheit des Volkes den modernen «Materialismus» dem naturschützerischen «Idealismus» vorzog. Der Naturschutz stand in seinem Kampf gegen die schädlichen oder gar zerstörerischen Folgen des technischen Fortschritts auf verlorenem Posten.<sup>70</sup>

70

▮ Bewegung gab es in den Naturschutzkreisen dennoch. Die auf nationaler Ebene ausgetragenen Konflikte um das Spöl- und Rheinaukraftwerk erregten die Gemüter der Naturschützer und mobilisierten breite Bevölkerungskreise für die Sache des Naturschutzes. Aus den Trägern der Opposition gegen die Wasserkraft entstand 1960 der Rheinaubund, der sich zum resoluten und kämpferischen Vertreter umweltschützerischer Anliegen entwickelte.<sup>71</sup> Im Thurgau engagierte sich vor dem Hintergrund des Konflikts um das Kraftwerkprojekt bei Rheinau der Tägerwiler Lehrer Ernst Thalmann für den Naturschutz. 1960 konstituierte sich der Thurgauische Naturschutzbund (TNB) als Sektion des SBN mit Ernst Thalmann als Präsidenten.<sup>72</sup> Damit betrat eine neue, über den kleinen Kreis der NSK hinausgehende und von einer breiten Öffentlichkeit getragene Naturschutzgruppe das Parkett. Der Präsident der Naturschutzkommission, Walter Straub, hatte sich ebenfalls aktiv für die Gründung der neuen Naturschutzgruppe eingesetzt. Angesichts der Konflikte um die Wasserkraft war der NSK wohl bewusst geworden, dass ihr enge Grenzen gesetzt waren und im Thurgau eine unabhängigere Naturschutzbewegung nötig war. Die meisten Mitglieder der NSK waren höhere Verwaltungsbeamte oder Lehrer. In ihrem Einsatz für den Naturschutz waren sie allzu oft mit dem Kanton, ihrem Arbeitgeber, als Gegenspieler konfrontiert. Diese Abhängigkeit der Kommissionsmitglieder prägte die Haltung der NSK, die sich als wissenschaftliches, politisch neutrales Expertengremium verstanden wissen wollte, das seine Anliegen auf dem Dienstweg einbrachte.

71

72

### **Freie Bahn für Lastenkähne! Oder bleiben's doch nur Pläne?**

In den 1950er und 1960er Jahren wurden neben den Wasserkraftwerken auch zahlreiche Verkehrsprojekte in Angriff genommen. Ein verkehrstechnisches



Trotz heftiger Proteste von Natur- und Heimatschutzvereinen begann 1952 der Bau des Stauwehrs für das Kraftwerk Rheinau oberhalb der Klosterinsel.

73

Grossprojekt war die Schiffbarmachung der Schweizer Flüsse. Pläne, den Rhein nicht nur bis Basel, sondern über die Stromschnellen und dann die Kraftwerkstufen des Hochrheins und schliesslich sogar über den Rheinfall hinaus weiter bis zum Bodensee für grosse Transportschiffe zu öffnen, gehen auf den Beginn des 20. Jahrhunderts zurück und wurden nun wieder aufgenommen.<sup>73</sup> Um aber Lastschiffen die Fahrt auf dem Hochrhein zu ermöglichen, wären verschiedene, teilweise tief greifende wasserbauliche Massnahmen nötig gewesen. Es hätte vor allem Schleusen gebraucht, um die beachtlichen Höhenunterschiede zu überwinden, aber natürlich stellte insbesondere der Rheinfall ein grosses Hindernis dar. Mit der Planung und dem Bau verschiedener Kraftwerke am Hochrhein nach dem Zweiten Weltkrieg, darunter desjenigen bei Rheinau, stieg die Hoffnung, auch das Rheinteilstück bis zum Bodensee erschliessen zu können. Mitte der 1960er Jahre lagen dazu entsprechende technische Pläne vor.

■ Zunächst förderten vor allem die Wirtschaftsverbände das Vorhaben mit grossem Einsatz. Der «Nordostschweizerische Verband für Schifffahrt Rhein–Bodensee» betrieb die Öffentlichkeitsarbeit. Dem Verband gehörten, neben Wirtschafts- und Behördenvertretern aus verschiedenen Kantonen, auch Gemeinden an. Die Gemeinden am Bodensee setzten grosse Hoffnungen in das Projekt. Rorschach, Arbon, Kreuzlingen und Romanshorn rechneten damit, wichtige Umschlaghäfen zu werden. Die Ostschweizer Kantone St. Gallen, Thurgau, beide Appenzell und Graubünden hatten sich unter der Führung von St. Gallen schon für den Bau des Kraftwerks Rheinau eingesetzt und plädierten nun auch für eine zügige Behandlung der Schifffahrtsprojekte auf dem Rhein.

### **Die Natur- und Heimatschützer formieren sich**

In den Protokollen der Naturschutzkommission und der TNG taucht die Hochrheinschifffahrt in den 1950er Jahren nur am Rande auf. Die Sache kam erst ins Rollen, als der Regierungsrat im Januar 1963 im Grossen Rat eine Interpellation zur Hochrheinschifffahrt beantwortete.<sup>74</sup> Laut der regierungsrätlichen Antwort schien das gesamte wirtschaftliche Wohl der Region von der Verwirklichung

74

der Hochrheinschiffahrt abzuhängen, die damit zum Grundstein jeder weiteren Industrialisierung der Ostschweiz erklärt wurde.

I «All diese [wirtschaftlichen] Erwägungen führen den Regierungsrat auch jetzt wieder zur Schlussfolgerung, dass die baldige Weiterführung der Hochrheinschiffahrt bis in den Bodensee im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Kantons, aber auch des ganzen Landes und aller andern Gebiete um den Bodensee liegt.»<sup>75</sup>

I Seit den 1950er Jahren hatte sich insofern etwas geändert, als der Regierungsrat vermehrt auf die Argumente des Gewässerschutzes einging. Die Verschmutzung der Gewässer beschäftigte nicht mehr nur die Naturschützer, sondern war zum politischen Thema geworden.<sup>76</sup> Dabei war es vor allem die Gefährdung der menschlichen Gesundheit durch verschmutztes Trinkwasser, die zu Interventionen des Gesetzgebers geführt hatte. 1953 hatte der Bund die Kompetenz erhalten, die sicht- und riechbare Gewässerverschmutzung zu bekämpfen, und 1955 trat das eidgenössische Gewässerschutzgesetz in Kraft.<sup>77</sup> Die Gewässerverschmutzung und die Gefährdung der Trinkwasserversorgung wurden nun zu Argumenten in den Debatten um die Hochrheinschiffahrt.

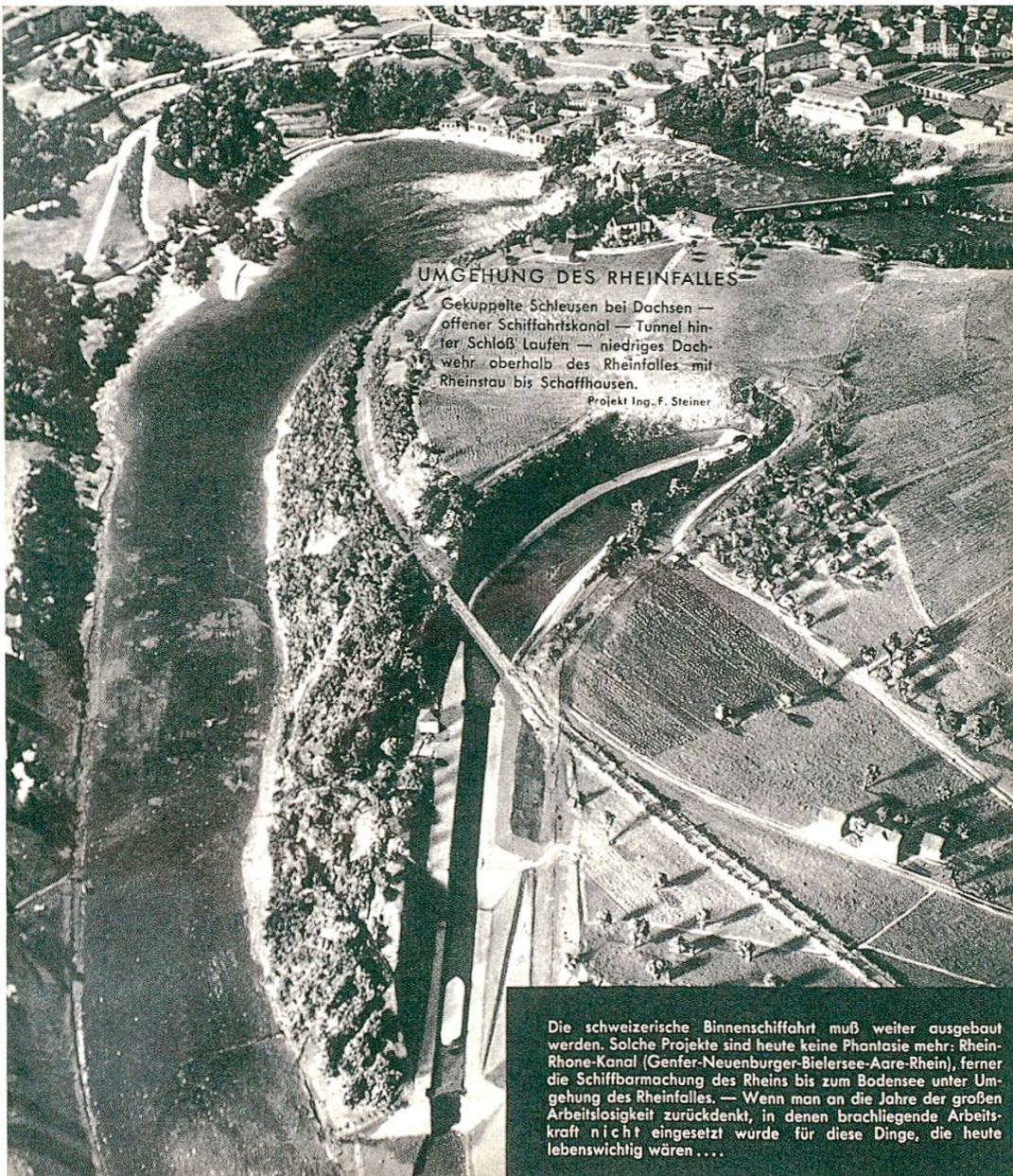
I Für die Regierung war die Einhaltung des Gewässerschutzes kein Problem der Hochrheinschiffahrt, sondern allein durch «eine straff gelenkte Zonenplanung» und die «kanalisationstechnische Erfassung aller häuslichen und industriellen Abwasser» technisch lösbar.<sup>78</sup> Obwohl der Regierungsrat die Notwendigkeit des Naturschutzes erkannte, war dieses Ziel gegenüber der wirtschaftlichen Entwicklung zweitrangig. Das Problem der Gewässerverschmutzung war ein lokal begrenztes und letztlich beherrschbares Problem:

I «Eine kluge und weitsichtige Landesplanung wird dafür zu sorgen haben und wird dafür sorgen können, dass Naturschönheiten und wirtschaftliche Entwicklung nebeneinander Platz finden und sich möglichst wenig beeinträchtigen. Und schliesslich ist durchaus eine Lösung denkbar, bei der die Schifffahrt eine Bereicherung der Gegend und einen Reiz der Landschaft darstellt.»<sup>79</sup>

I Obwohl der Grosse Rat diesen Ausführungen zur Hochrheinschiffahrt «lebhaften Beifall» spendete, kam es in der *Thurgauer Zeitung* zu einer längeren Diskussion über das Für und Wider der Hochrheinschiffahrt.<sup>80</sup> Die Gegner rekrutierten sich aus allen politischen Lagern. Der Kampf um die Rheinau hatte auch in der thurgauischen Bevölkerung ein Interesse für Naturschutzfragen und zugleich einen Widerstandswillen geweckt. Neben wirtschaftlichen Argumenten, die vor allem von Seiten der Fischerei und des Fremdenverkehrs kamen, überwogen bei den Gegnern der Hochrheinschiffahrt die traditionellen ästhetischen und lokalpatriotischen Argumente für den Natur- und Landschaftsschutz.

I Angesichts der Debatten formierten sich die thurgauischen Heimat- und Naturschützer zum letzten Mal zu einer gemeinsamen Aktion unter dem Dach des «Thurgauischen Heimatverbandes». Dieser war 1941 gegründet worden und ihm gehörten sämtliche thurgauischen Kultur-, Natur- und Heimatschutzvereine an, so auch die NSK und die TNG.<sup>81</sup> Unter der Federführung von Albert Knoepfli, dem Thurgauer Denkmalpfleger, formulierte der Verband 1963 eine öffentliche Stellungnahme gegen die Hochrheinschiffahrt.<sup>82</sup> Darin kommt noch einmal das traditionelle Natur- und Heimatschutzverständnis zum Ausdruck.

I «Es geht bei der Rhein- und Bodenseelandschaft nicht in erster Linie um einen Naturschutzpark und nicht um ein Ferienparadies, es geht im Ganzen um unsere Lebensquellen, um den wohlausgewogenen Rahmen unseres werktäg-



Die Pläne zur Schiffbarmachung des Hochrheins von Basel über den Rheinfall hinaus bis zum Bodensee bestanden bereits vor dem Zweiten Weltkrieg. Das gigantische Ausmass der geplanten Binnenschifffahrt wird an der Umfahrung des Rheinfalls deutlich. Ein rund 500 Meter langer Tunnel sollte die Schiffe am Rheinfall vorbeiführen. Das abgebildete Modell für die Umfahrung des Rheinfalls wurde 1939 an der Schweizerischen Landesausstellung in Zürich gezeigt.

83

lichen Daseins und unserer sonntäglichen Erholung. Diese natürlich gesunde Heimat weckt und nährt unsere schöpferischen Kräfte im wirtschaftlichen und musischen Bereich und prägt unsere geistige Struktur.<sup>83</sup>

I Dagegen war die Antwort des Regierungsrates auf die drohenden Belastungen der Natur von der zeitgenössischen Planungseuphorie und den technischen Machbarkeitsfantasien bestimmt. Man war der Ansicht, durch eine landschaftsgerechte Einbindung der jeweiligen Bauten könnten Eingriffe in die Natur ausgeglichen werden. Die eigentliche Ursache der Gewässerverschmutzung, die rasante wirtschaftliche, technische und zivilisatorische Entwicklung der vorangegangenen Jahrzehnte, wurde weder von Naturschützern noch von Politikern thematisiert. Das Wachstum als grundlegende Wertvorstellung der Nachkriegszeit wurde erst in den 1970er Jahren in Frage gestellt.

### **Der ökologische Naturschutz seit den 1970er Jahren**

In den 1970er Jahren kam es zu einer fundamentalen Wende in der Naturwahrnehmung der Gesellschaft.<sup>84</sup> Der relativ rasche Durchbruch eines veränderten Naturverständnisses basierte auf gesellschaftlichen Verschiebungen. Der

84

Die Wasservogeljagd beschäftigte die Naturschutzkommission über Jahrzehnte. Jeden Winter fand am Untersee nach altem Recht die Jagd auf die dort überwinterten Vögel statt. Seit 1916 setzte sich die NSK immer wieder dafür ein, dass die Jagd «anständig und ohne Quälerei» durchgeführt werde. Als in den 1940er Jahren Zürcher Tierschutzvereine gegen die «Belchenschlacht» aufriefen, erlangte das Thema auch nationale Bekanntheit. In den 1950er Jahren setzten sich verschiedene Gruppierungen auf kantonaler und sogar nationaler Ebene für ein Jagdverbot ein. Obwohl sich Ernst Thalmann und die Naturschutzkommission vom lauten und kompromisslosen Kampf der ausser-

kantonalen Naturschützer distanzieren, wurde die von ihnen angestrebte Schaffung eines Naturschutzgebietes 1958 vom Regierungsrat abgelehnt. Als der Thurgauische Naturschutzbund Ende der 1970er Jahre mit einer Initiative die Abschaffung der gemeinschaftlichen Wasservogeljagd durchsetzen wollte, versuchte die Naturschutzkommission zunächst noch einen Kompromiss zu finden und sie schlug ein auf vier Jahre begrenztes Jagdverbot vor. Doch die Initiative gegen die Wasservogeljagd kam zu Stande und wurde im Januar 1984 deutlich angenommen. Sie besiegelte das Ende eines langen Kapitels in der Geschichte des thurgauischen Naturschutzes.

Fortschrittsglaube und die Technikbegeisterung der 1950er und 1960er Jahre wurden in den 1970er Jahren durch konjunkturelle Krisen massiv gedämpft und von einer breiten Öffentlichkeit zunehmend in Frage gestellt. Vor allem die durch den so genannten Ölschock von 1973 eingeleitete Phase der wirtschaftlichen Rezession veränderte die Vorstellungen von Wachstum. Es setzte sich allmählich die Einsicht durch, dass Fortschritt nicht allein am Bruttosozialprodukt gemessen werden konnte. Mit diesem gesellschaftlichen Wertewandel veränderte sich die Einstellung zur Natur grundlegend. Die Wende schlug sich auch auf der semantischen Ebene nieder: Binnen weniger Monate setzte sich um 1970 der Begriff «Umwelt» durch, als Bezeichnung für die Menschen umgebende Natur.<sup>85</sup>

85

Ein entscheidender Impuls für das neue ökologische Bewusstsein ging von der Wissenschaft aus.<sup>86</sup> Die Ökologie, so wie sie sich seit 1950 entwickelt hat, basiert auf theoretischen Grundlagen und mathematischen Modellen. Als Wissenschaft strebte sie nach einem umfassenden Verständnis der Beziehungen zwischen den Lebewesen und der Umwelt und fand in der allgemeinen Systemtheorie ihr Paradigma. Durch die Innovationen in den naturwissenschaftlichen Disziplinen wurde die Analyse der Mensch-Umwelt-Beziehungen grundlegend verändert. Die neu erfundene Welt setzte sich aus komplexen, interdependenten (Öko-)Systemen zusammen, in denen biologische Gleichgewichte herrschten und sich (natürliche) Kreisläufe abspielten. Diese ökologischen Forschungs- und Erklärungsansätze kamen Ende der 1960er Jahre zum Durchbruch und prägten das neue moderne Umweltbewusstsein.<sup>87</sup>

86

87

Die umfassende ökologische Betrachtungsweise, die alles mit allem vernetzt und das Einzelne immer auch als Bestandteil des Ganzen ansieht, setzte sich langsam auch in der Naturschutzkommission durch. Man lernte eine neue Naturwahrnehmung.

«Das verflossene Jahr brachte eine Fülle von Kleinarbeit und stellte neue Probleme, deren Lösung oft gründliches Studium und reichliche Kenntnisse in der Organisation der Landschaft und in die Zusammenhänge des Lebens verlangt. Es zeigt sich immer deutlicher, dass die Arbeit am komplizierten Organismus Natur gelernt sein will. Jede einseitige Betrachtungsweise, die Behandlung eines kleinen Teilgebietes ohne den Blick aufs Ganze hat sich bereits und wird sich weiter verhängnisvoll auswirken.»<sup>88</sup>

88

Die Initiative will

- **einen der bedeutendsten Überwinterungsplätze für Wasservögel in Mitteleuropa schützen**
- **eine unweidmännische, unzeitgemässe Jagd beseitigen**

Die Initiative will aber *NICHT*

- **die Jagd im allgemeinen (Revierjagd) abschaffen**



Foto: Wolf-Dieter Burkhard

I Wer die Natur so sieht, muss sich verabschieden vom Primat der wissenschaftlichen Interessen (wie bei der Moorfrage) und vom «Kantönlicheist» (wie beim Spölprojekt). Die Durchsetzung des neuen Gedankengutes ist sicher auch das Verdienst des neuen Personals der Kommission. Nach dem Rücktritt von Walter Straub wurde im Juni 1965 August Schläfli zum neuen Präsidenten der Kommission gewählt.<sup>89</sup> Mit Schläfli übernahm erstmals in der Geschichte der Naturschutzkommission ein ausgebildeter Biologe das Präsidium. Zu einem rein naturwissenschaftlichen und ökologischen Fachgremium wurde die NSK jedoch nicht. So spielten in der personellen Zusammensetzung der Kommission weiterhin die Lehrer eine wichtige Rolle. Seit 1965 versuchte die NSK aber auch vermehrt durch Juristen, Ingenieure und Raumplaner zusätzliche Fachkompetenz für ihr Gremium zu gewinnen.<sup>90</sup>

I Die ökologische Sicht legitimierte die Naturschützer, sich zum Umweltschutz zu äussern, und schlug sich in den Debatten um die Hochrheinschiffahrt nieder.

Obwohl sich der Bundesrat bereits 1965 in einem Bericht negativ zur Binnenschifffahrt geäußert hatte und zu dem Schluss gekommen war, dass sich der Ausbau der Schifffahrtswege weder aus volkswirtschaftlichen noch verkehrspolitischen Gründen aufdränge, war das Projekt Hochrheinschifffahrt noch lange nicht vom Tisch.<sup>91</sup> Ende der 1960er Jahre wurde die Binnenschifffahrt im Zusammenhang mit der geplanten Bodenseeregulierung auch in der Öffentlichkeit wieder ein Thema.<sup>92</sup> Den Widerstand der Bevölkerung sowie der Natur- und Heimatschutzkreise erregte das zwischen Stein am Rhein und Diessenhofen bei Hemishofen geplante Regulierwehr.<sup>93</sup> Im März 1969 kam es in Hemishofen zu einer «Volkskundgebung» gegen das Wehr. Rund 7000 Personen, darunter auch «beachtlich viele junge Leute», protestierten unter dem Motto «Rettet den Rhein» gegen das Bauwerk und stritten für die Erhaltung der «schönsten Stromlandschaft des Hochrheins».<sup>94</sup>

Die unpolitisch agierende NSK beschloss, sich angesichts der Proteste zurückzuhalten und «einstweilen mit einer klaren Stellungnahme» abzuwarten, «bis die Sache aktuell werde».<sup>95</sup> Doch die 1970er Jahre hatten auch Bewegung in die Vereinspolitik gebracht. Die TNG veranstaltete gemeinsam mit dem Thurgauischen Naturschutzbund eine Podiumsdiskussion zum Thema Bodenseeregulierung.<sup>96</sup> Die TNG betrat damit Neuland in Sachen Informationspolitik. Im Vorstand wurden Stimmen laut, die vor einer Vereinnahmung der Gesellschaft für politische Zwecke warnten und eine «absolut sachliche Information über das Thema» verlangten.<sup>97</sup> Doch die Befürchtungen schienen sich nicht zu bewahrheiten. Der Präsident der TNG konnte aus der Sicht des Vereins ein überaus positives Fazit der Veranstaltung ziehen, da die «grosse Zuhörerschaft» einer «überaus sachlichen und objektiven Darlegung des ganzen Problems aus den verschiedensten Aspekten beiwohnen» konnte.<sup>98</sup>

In der Diskussion kamen die neuen ökologischen Naturschutzargumente gegen die Bodenseeregulierung zum Tragen. Die Natur wurde nun als ein labiles System beschrieben, in dem sich jeder punktuelle Eingriff auf das Ganze auswirke.

«Aus der Diskussion ging klar hervor, dass der Bau eines Regulierwehrs technisch keine Schwierigkeiten bietet und sich dieses – nach dem Bau – wohl auch nicht allzu störend ins Landschaftsbild einfügen würde. Weit problematischer ist aber die Frage: welche Veränderungen würde eine solche Regulierung für die Tier- und Pflanzenwelt im und am Wasser mit sich bringen und welchen Einfluss hätte sie auf die Wasserqualität?»<sup>99</sup>

An dieser Podiumsdiskussion trat auch ein neues, später vom Frauenfelder Stadtammann Max Rutishauser präsiertes Komitee auf, das die Lancierung einer Initiative bekannt gab.<sup>100</sup> Das Volksbegehren verlangte den Schutz der natürlichen Bodenseeufer und wandte sich ausdrücklich gegen die Bodenseeregulierung und die Hochrheinschifffahrt. Die Initianten waren Natur- und Heimatschutzverbände, darunter auch die 1968 gegründete WWF-Sektion Bodensee/Thurgau.<sup>101</sup> Die NSK trat zwar weder dem Komitee bei noch engagierte sie sich im Abstimmungskampf, doch sagte sie den Initianten ihre «persönliche Unterstützung» zu.<sup>102</sup> Zusammen mit einzelnen Mitgliedern der TNG bemühte sich die NSK vor allem um die Information der Bevölkerung. In einer vom Aktionskomitee für die Bodenseeeinitiative herausgegebenen Broschüre veröffentlichte auch August Schläfli einen Beitrag unter dem Titel «Oekologische Probleme im Zusammenhang mit der Bodensee Regulierung».<sup>103</sup> Schläfli lehnte den bedeutenden Eingriff in den «natürlichen Wasserhaushalt» ab und forderte am Bodensee ein Gleichgewicht zwischen Mensch, Natur und Technik. Neben

den neuen ökologischen Argumenten, mit denen der Naturschutz wissenschaftlich untermauert und vertreten wurde, führten die Naturschützer auch den Erholungs- und Freizeitwert der Natur als wichtige Begründung an. Die Funktion der Natur als Erholungsraum für den Menschen in der industriellen Gesellschaft führte die NSK seit den 1950er Jahren immer wieder als Argument für den Natur- und Landschaftsschutz an.<sup>104</sup> Seit den 1970er Jahren verschärften sich die Konflikte zwischen dem Wunsch der Bevölkerung nach Naturgenuss in der Freizeit und dem Wunsch, die Natur zu schützen. Die Naturschützer waren sich wohl bewusst, dass eine rein wissenschaftlich-ökologische und nur auf den Naturschutz abgestützte Argumentation weder in der Politik noch in der Bevölkerung auf ungeteilte Zustimmung gestossen wäre:

! «Der Untersee ist ein klassisches Erholungsgebiet aber auch ein erstrangiges Biotop. Beides darf sich nicht ausschliessen, sondern es muss ein Kompromiss möglich sein.»<sup>105</sup>

! Doch im Gegensatz zu den Argumenten der frühen Naturschützer wurde nun die Natur als Wert an sich begriffen und dem Menschen nicht mehr untergeordnet. Die Einsicht, dass der Mensch Teil des Ökosystems ist und menschliche Eingriffe in dieses System einen wesentlichen Störfaktor darstellen, steht auch hinter dem neuen ökologischen Schutzgedanken:

! «Umweltschutz ist niemals nur Schutz des Menschen vor schädlichen und lästigen Einflüssen von aussen, sondern ebenso sehr oder vielmehr Erhaltung und Pflege der natürlichen oder naturnahen Umwelt. Es ist also weniger ein Schutz des Menschen vor der Umwelt als ein Schutz der Umwelt vor dem alles zerstörenden Menschen!»<sup>106</sup>

! Im August 1973 wurde die Bodenseeeinitiative mit einem überwältigenden Mehr von 39 704 Ja-Stimmen gegen 5542 Nein-Stimmen angenommen.<sup>107</sup> Während die Naturschutzinitiativen der Rheinau- und Spölgegner in den 1950er Jahren noch nicht den Hauch einer Chance gehabt hatten, war der Naturschutzgedanke knapp zwanzig Jahre später mehrheitsfähig. Die klare Annahme der Initiative bedeutete auch das endgültige Aus für die Bodenseeregulierung und die Schifffahrtsprojekte am Hochrhein und Bodensee. Die Naturschutzkommission und die TNG waren mit dem Resultat äusserst zufrieden und das Protokoll hält fest, dass «trotz Drohungen» keine Mitglieder ausgetreten waren.<sup>108</sup>

### **Der Naturschutz wird verstaatlicht:**

#### **Die Auflösung der Naturschutzkommission**

Die NSK verstand sich seit ihrer Gründung als wissenschaftliches Expertengremium, das sich der Kantonsregierung als unabhängiges Beratungsorgan in allen Naturschutzfragen anbot. Ein Bedürfnis nach Beratung musste bei den kantonalen Behörden jedoch erst geweckt werden. Einen ersten Erfolg erreichte die Naturschutzkommission beim Pflanzenschutz. 1918 erliess der Regierungsrat eine Pflanzenschutzverordnung, die fast wörtlich die entsprechende Eingabe der Naturschutzkommission wiedergab.<sup>109</sup> Mit der Einführung des neuen Gesetzes bekam die Kommission ihre Expertinnenrolle, indem ihr fortan alle Eingaben, «welche um eine Ausnahme der Schutzvorschriften» nachsuchten, zur Beurteilung überwiesen wurden.<sup>110</sup> In den 1920er Jahren konnte die Kommission in den Vernehmlassungen zum eidgenössischen und kantonalen Jagdgesetz ihren Standpunkt einbringen und für das Polizeidepartement «verschiedene Bewilligungen für den Abschuss von Fischreiher und Eisvögel» begutachten.<sup>111</sup> Entsprechend ihrem Verständnis als beratendes Gremium verzichtete die NSK auf Propaganda in der Öffentlichkeit und sah ihr Verdienst um

den Naturschutz darin, den Behörden bei der Ausarbeitung von Gesetzen zur Seite zu stehen.<sup>112</sup>

112 ¶ Die Bemühungen der Kommission, «die schönen und interessanten Naturgegenstände» im Kanton vor dem Untergang zu bewahren, waren jedoch nicht immer von Erfolg gekrönt. Vor allem während des Ersten und Zweiten Weltkrieges mussten die Naturschützer erfahren, dass ihre Anstrengungen gegenüber den ökonomischen Interessen des Landes nur geringe Erfolgsaussichten hatten. Auch wenn die Kommissionsmitglieder unter ihresgleichen den Verlust der Moor- und Sumpfgebiete beklagten, handelten sie als Lokalpatrioten und loyale Thurgauer oft gegen die Interessen des Naturschutzes. Heinrich Tanner zog 1946 folgendes Fazit zum Naturschutz im Kanton:

113 ¶ «Um zu retten, was zu retten war, durften wir uns nicht immer auf den starren Naturschutzstandpunkt versteifen, sondern mussten versuchen, zwischen den verschiedenen Ansprüchen zu vermitteln. Damit haben wir nicht nur erreicht, dass der angerichtete Schaden tragbar geworden ist, sondern auch, dass uns neue Möglichkeiten zugesichert worden sind, an deren Erfüllung wir früher nie zu denken gewagt hätten.»<sup>113</sup>

¶ Tanner spielt in seinem Bericht wohl auf den erfolgreichen Schutz des Hudelmooses an, den die NSK durch ihre solidarische Haltung mit der Regierung bei der Melioration im Seebachtal durchsetzen konnte. Der Wille der Kommission, nur auf dem offiziellen, behördlichen Weg für den Naturschutz zu kämpfen, hatte sich nach Meinung Tanners im Tauschhandel Seebachtal gegen Hudelmoos bezahlt gemacht.

114 ¶ In den von Wirtschaftswachstum und Fortschrittsglaube geprägten 1950er Jahren empfanden jedoch immer mehr Mitglieder der Naturschutzkommission die betont unpolitische Expertentätigkeit als problematisch. Die Abhängigkeit von den kantonalen Behörden und die mangelnde gesetzliche Basis für den Naturschutz führten auch dazu, dass die thurgauischen Natur- und Heimatschutzvereine in den 1950er Jahren erfolglos versuchten, ein kantonales Natur- und Heimatschutzgesetz durchzusetzen.<sup>114</sup> Nach 1960 erfuhr der Naturschutz Aufwind. Neben die NSK trat mit dem Thurgauischen Naturschutzbund eine neue und in der Bevölkerung verankerte Naturschutzvereinigung, die einen grösseren politischen Spielraum besass. Nach einer Aufgabentrennung, die 1965 zwischen beiden Gremien vorgenommen wurde, hatte die Naturschutzkommission wieder wissenschaftliche Beratungsfunktion.<sup>115</sup>

115 ¶ «Die Naturschutzkommission bearbeitet hauptsächlich die wissenschaftlichen Fragen, wie sie sich bei der Schaffung, beim Unterhalt und vor allem bei der Auswertung von Naturreservaten stellen. Es wird angeregt und zum Ziel gesetzt, mit der Zeit über alle Reservate wissenschaftlich fundierte Berichte zu veröffentlichen. Neben dieser wissenschaftlichen Tätigkeit soll die Naturschutzkommission vor allem auch den Kontakt mit der Thurgauer Regierung pflegen und ihr als beratendes Organ in allen Naturschutzfragen dienen.»<sup>116</sup>

116 ¶ In den 1960er Jahren war der Bundesrat aufgrund der starken nationalen Opposition gegen die Wasserkraftwerke Rheinau und Spöl bereit, den Natur- und Heimatschutz in der Verfassung zu verankern. Der Verfassungsartikel von 1962 und das Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz von 1966 brachten eine seit langem überfällige, verfassungsrechtliche Grundlage. In der Folge prägte sich die beratende Funktion der Naturschutzkommission immer stärker aus. Die verschiedenen Ämter der kantonalen Verwaltung – vom Meliorations- bis zum Strassenbauamt – brauchten zunehmend ökologische

139

Gutachten und Stellungnahmen aus Sicht des Naturschutzes. Aus nahe liegenden Gründen behalf sich der Kanton mit dem Präsidenten der Naturschutzkommission. August Schläfli, der als Konservator des Naturmuseums bereits kantonaler Beamter war, konnte diese Aufgabe nach Ansicht des Regierungsrates in Personalunion erfüllen. Doch die Belastung wurde durch die sich ausweitende Gesetzgebung im Natur- und Umweltschutzbereich immer grösser, und die NSK setzte sich dafür ein, dass die Stelle eines kantonalen Naturschutzbeauftragten geschaffen wurde.<sup>117</sup> Als 1971 im Raumplanungsamt ein «Sachbearbeiter für Landschaftsschutz und Landschaftsgestaltung» eingestellt wurde, verlangte die NSK, dass die Zusammenarbeit zwischen dem «künftigen staatlichen Naturschutzamt» und «der bestehenden Naturschutzkommission eng sein» müsse.<sup>118</sup> Doch die Sache entwickelte sich in den nächsten Jahren in eine andere Richtung. In ihrem Tätigkeitsbericht von 1985/86 musste die Kommission feststellen, dass ihre unabhängige Beratungsfunktion nicht mehr gefragt war.

117

118

119

▮ «Die Ausübung der ursprünglichen Funktion stösst auf Widerstand innerhalb der thurgauischen Regierung. Durch die Schaffung regierungsinterner Stellen [...], scheint sich das Bedürfnis, unabhängige Experten zu entsprechenden Fragen heranzuziehen, stark reduziert zu haben.»<sup>119</sup>

▮ Nach 1993 traf sich die Naturschutzkommission nur noch sehr selten zu Sitzungen, und am 27. März 2001 wurde das Gremium nach fast hundertjährigem Bestehen offiziell aufgelöst. Durch die Anstellung von Fachleuten und die Gesetzgebung im Umweltschutzbereich hatte der Staat die Zuständigkeit für den Natur- und Umweltschutz übernommen. Ein Gremium wie die Naturschutzkommission wurde im Zuge dieser Entwicklung zunehmend überflüssig. Die Professionalisierung des Umweltschutzes seit den 1970er und vor allem in den 1980er Jahren zeigt sich auch daran, dass Amtsstellen für die Belange des Naturschutzes entstanden: 1971 wurde das heutige Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL) als «Bundesamt für Umwelt» eingerichtet. Auf kantonaler Ebene benannte man im gleichen Jahr das Wasserwirtschaftsamt in «Amt für Umweltschutz und Wasserwirtschaft» um.<sup>120</sup> Der oben erwähnte Sachbearbeiter für Landschaftsschutz betreut heute als Abteilungsleiter die kantonale Fachstelle für Natur- und Landschaftsschutz im Amt für Raumplanung.

120

▮ Trotz des grossen Ausbaus der Verwaltung konnte die Regierung nicht auf externe Experten verzichten, ganz im Gegenteil. Die unabhängigen Gutachten (und Gegengutachten!) entwickelten sich seit den 1960er Jahren zu einem festen und wichtigen Bestandteil der Politik. Doch gleichzeitig war der ökologische Naturschutz zu einer hoch technisierten und diversifizierten Expertenwissenschaft geworden. Gutachten für den Umweltschutz wurden mehr und mehr von technischen Instituten und wissenschaftlichen Büros erstellt. Die Naturschutzkommission als ehrenamtlich tätiges Gremium konnte diese Aufgabe nicht mehr erfüllen. So verloren die Gutachten und Stellungnahmen der Naturschutzkommission an Bedeutung, und für die Verwaltung war es zunehmend nicht mehr opportun, mit der TNG und ihrer Naturschutzkommission einen privaten Verein beizuziehen, um Expertisen zu erhalten.